

Niederschrift

JHA/032/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 25.09.2025

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger (ab 17:08 Uhr - TOP 4)
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger (bis 18:00 Uhr - TOP 6)
Frau Carla Zachey		AG 78 (bis 18:42 Uhr - TOP 8)

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Bischoff		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (bis 18:53 Uhr - TOP 10)
Frau Sarah Feldkamp		Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung (bis 18:12 Uhr - TOP 6)
Frau Mona Gedicke		Interessensvertreterin Jugendteam (ab 17:18 Uhr - TOP 6)
Frau Nina Jansen		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Frau Cosima Rottmann		Jugendamtselternbeirat (bis 18:42 Uhr - TOP 8)

Vertreter:

Frau Karin Albers		Vertretung für Herrn Winfried Hülsbusch
Herr Sönke Delarue		Stellv. Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung (bis 18:12 Uhr - TOP 6)
Frau Tatjana Lücke	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler
Frau Karin Schulz-Bennecke		Vertretung für Frau Sabine Schillack

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabstelle Dezernat II
Frau Katja Käschner		PV Kindergärten und Kindertagespflege
Herr David Röwer		PV Koordinierung Kinderschutz, ehrenamtliche Vormundschaften, Verfahrenslotsen
Herr Christoph Wellerling		Leiter ASD
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Gäste:

Herr Holger Röve-meier

Caritasverband Rheine e. V.
(TOP 6 – Präsentation)

Herr Roland Reich

RheKids e. V.
(TOP 6 – Präsentation)

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann CDU

Ratsmitglied

Frau Yvonne Köhler SPD

Ratsmitglied

Frau Birgitt Overesch CDU

Ratsmitglied

Frau Sylvia Egelkamp

Ausschussmitglied f. Ju-
gendwohlfahrtsverbände

Herr Winfried Hülsbusch

Ausschussmitglied f. Ju-
gendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Frau Annette Floyd-Wenke DIE LINKE

Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia

Ausschussmitglied f. Katho-
lische Kirche

Herr Stefan Heskamp

Ausschussmitglied f. Polizei

Herr Jörg Langhans

Ausschussmitglied f. Rich-
ter

Frau Claudia Raneberg

Ausschussmitglied f. Evan-
gelische Kirche

Frau Sabine Schillack

Ausschussmitglied f. Schu-
len

Verwaltung:

Frau Annette Wiggers

Jugendamtsleiterin

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Für die Erstellung der Niederschrift ist ein KI-Tool verwendet worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Sarah Feldkamp und Herrn Sönke Delarue als Mitglieder im Jugendhilfeausschuss.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/030/2025 über die öffentliche gemeinsame Sitzung JHA und Schula am 25.06.2025

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Niederschrift Nr. JHA/031/2025 über die öffentliche Sitzung am 25.06.2025

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

3. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann verweist auf die eingestellten Informationen und nimmt dazu wie folgt Stellung:

- Er erläutert, dass im Rahmen der Ferienangebote nahezu 8.000 Ferienpässe verteilt worden seien, die erneut kostenfrei zur Verfügung gestanden hätten. Er betont, dass dies ein großer Erfolg gewesen sei, und hofft, auch im kommenden Jahr mit Unterstützung von Sponsorenmitteln eine flächendeckende Bereitstellung des Ferienpasses zu ermöglichen. Das sechswöchige Programm, das von verschiedenen Institutionen und Vereinen angeboten wurde, habe Kindern eine Vielzahl an Aktivitäten geboten. Erstmals sei die Anmeldung vorrangig über die Familien-App erfolgt, wobei Hinweise auf Optimierungsbedarfe eingegangen seien. Parallel habe es weiterhin eine analoge Anmeldemöglichkeit gegeben. Die Verwaltung arbeite daran, die Nutzung der App im kommenden Jahr zu verbessern, und werde die Ausschussmitglieder über den Fortschritt informieren.
- Im Zusammenhang mit dem Projekt „Demokratie fördern“ erklärt er, dass dieses seit 2021 gefördert werde und im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans 2026 verstetigt werden solle. Gleiches gelte für den „Offenen Treff“ in Rodde, da dezentrale Angebote in der Jugendarbeit sowie demokratiefördernde Maßnahmen von großer Bedeutung seien.
- Zudem weist er darauf hin, dass es die SaM-Ausbildung seit 30 Jahren gebe und hierzu am 11.10.2025 eine Festveranstaltung geplant sei.
- Darüber hinaus nennt er die Präventionskampagne zum Thema Cannabis.

Auf die Frage von Herrn Beckers antwortet Herr Gausmann, dass die Ferienpässe mitsamt den Gutscheinen analog ausgegeben worden seien, da dies für die unterschiedlichen Abrechnungsstellen – etwa mit dem NaturZoo, dem Schwimmbad Aqua Reni oder der Minigolfanlage – erforderlich gewesen sei.

Auf die Frage von Herrn Hewing antwortet er, dass die Verstetigungskosten der zuvor genannten demokratiefördernden Maßnahmen zwischen 5.000 und 10.000 Euro liegen würden und im Rahmen der laufenden Haushaltsstruktur, vermutlich ab 2026/2027, berücksichtigt werden könnten.

4. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

5. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bischoff berichtet, dass sich der Familienbeirat in seiner letzten Sitzung mit dem Entwurf der neuen Richtlinien für die Beiräte befasst habe und für ein Austauschgespräch mit der Verwaltung (Frau Atalan und eine Person aus dem Sitzungsdienst) eine weitere Sitzung für den 13.11.2025 terminiert habe.

Sie führt weiter aus, dass zur Planung weiterer Aktionen die Frage nach einem eigenen Budget aufgekommen sei. Sie habe gehört, dass der Seniorenbeirat über ein eigenes Budget verfüge.

Weiterhin informiert sie, dass der Familienbeirat in Kooperation mit dem Seniorenbeirat und der Familienbildungsstätte eine Veranstaltung mit dem Titel „Über das Leben reden. Begleitung von Kindern in Abschieds- und Trauersituationen“ für den 29.10.2025 um 18:00 Uhr plane. Dabei müsse der Familienbeirat einen Eigenanteil übernehmen. Die Anmeldung zur kostenfreien Veranstaltung erfolge über die Familienbildungsstätte.

Abschließend berichtet sie, dass am vergangenen Freitag der Weltkindertag in Rheine stattgefunden habe. Der Familienbeirat habe sich kurzfristig – mit Unterstützung der Stadt Rheine – beteiligt und mit dem Kinderbeirat zusammengearbeitet. Dabei sei es gelungen, die Präsenz des Familienbeirats zu stärken und die Zusammenarbeit mit dem Kinderbeirat zu intensivieren.

Herr Gausmann erwidert, dass der Seniorenbeirat – ebenso wie der Familienbeirat – über kein selbstverwaltendes Budget bei der Stadt Rheine verfüge. Er führt aus, dass unterstützungswürdige Aktionen im Rahmen der offenen Seniorenarbeit gefördert und durch die Verwaltung verwaltet werden könnten. Als Beispiel nennt er die in den Kitas verteilten Willkommenshefte, deren Kosten von der Stadt Rheine übernommen worden seien, und fügt hinzu, dass ähnliche Vorgehensweisen auch bei anderen Aktionen Anwendung finden könnten.

6. Vorstellungen zur Betreuungsform Kindertagespflege - Fachberatung KTP und RheKids Rheine e.V. Vorlage: 473/25

Herr Rövemeier stellt die Fachberatung der Kindertagespflege vom Caritasverband Rheine e. V. (**siehe Anlage 1**) vor.

Im Anschluss präsentiert Herr Reich die Kindertagespflege vom Verein RheKids – Rheine Kindertagespflege e. V. (**siehe Anlage 2**).

Herr Fühner äußert, dass sich die Kindertagespflege weiterentwickelt habe und heute ein gleichwertiges Angebot zu den Kitas darstelle.

Herr Beckers betont, dass die Kindertagespflege ein wertvoller Bestandteil der Stadt Rheine sei.

Weitere Ausschussmitglieder schließen sich mit ähnlichen Wortmeldungen an.

Herr Hewing erkundigt sich nach der Geschlechterverteilung unter den derzeit 66 Tagespflegepersonen und fragt, ob es Möglichkeiten gebe, die finanzielle Absicherung der freiberuflichen Tagespflegepersonen zu verbessern.

Herr Reich antwortet, dass es in Rheine derzeit drei männliche Tagespflegepersonen gebe, und beschreibt die Herausforderungen, die sich aus der Abhängigkeit vom Betreuungsbedarf ergeben. Dabei geht er unter anderem auf folgende Aspekte ein:

- Zurückgehende Geburtenzahlen führen zu geringeren Anmeldezahlen.
- Um die finanzielle Absicherung zu gewährleisten, müssen künftig möglicherweise mehr Kinder betreut werden.
- Eltern melden ihre Kinder häufig direkt in einer Kita an, da sie befürchten, nach einem Tagespflegeplatz keinen Kita-Platz mehr zu erhalten.

Herr Fühner regt an, dass sich der künftige Jugendhilfeausschuss im Rahmen der Kita- bzw. Kindertagespflegebedarfsplanung weiterhin mit dem Thema „Kindertagespflege“ befassen möge.

Frau Leskow erkundigt sich nach der Anzahl der Inklusionsplätze und der Auslastung der zwölf Vertretungsplätze.

Herr Rövemeier erklärt, dass bei jeder der sechs Tagespflegepersonen ein Inklusionsplatz zur Verfügung stehe, wobei ein Inklusionskind jeweils zwei Kindertagespflegeplätze belegen würde. Er führt weiter aus, dass sie mit den zwölf Vertretungsplätzen gut ausgestattet seien. Die höchste Nachfrage bestehe insbesondere in den Sommermonaten – wenn Kitas urlaubsbedingt geschlossen seien – sowie zum Jahresende, wenn Eltern keine Urlaubstage mehr zur Verfügung hätten. Der Urlaub der Tagespflegepersonen werde zu Jahresbeginn bzw. vor Beginn des Betreuungsverhältnisses gemeinsam mit den Eltern abgestimmt.

Frau Dursun fragt nach der Finanzierung der Grundausrüstung.

Herr Reich erläutert daraufhin, dass alle fünf Jahre Zuschüsse in Höhe von 500 Euro pro Kind für bis zu fünf Betreuungskinder beantragt werden könnten. Diese Mittel würden jedoch nicht ausreichen, um die tatsächlichen Kosten für sichere Möbel – wie Betten, Tische und Stühle – zu decken, zumal viele Gegenstände in dem Zeitraum verschlissen seien und bestimmte Sicherheitsstandards eingehalten werden müssten. Auf die weitere Frage antwortet er, dass die Kindertagespflegepersonen von der Stadt Rheine entsprechend der Anzahl der betreuten Kinder und der Betreuungsstunden vergütet würden.

Frau Jansen fragt, ob die sechs Inklusionsplätze ausreichend seien und ob die dafür notwendige Zusatzqualifikation verpflichtend sei.

Herr Rövemeier erklärt, dass aktuell ein Kind mit Inklusionsbedarf betreut werde. Die Zusatzqualifikation mit einem Umfang von 100 Unterrichtseinheiten sei verpflichtend. Ebenso verpflichtend sei die Teilnahme an einem Fachberatungstreffen einmal pro Quartal. Er kündigt an, dass sie die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich intensivieren werden, um Eltern verstärkt auf die Betreuungsmöglichkeit für Kinder mit besonderem Förderbedarf aufmerksam zu machen.

Herr Gausmann ergänzt auf die Frage von Frau Leskow, dass auch nichtbelegte Plätze von der Stadt Rheine finanziert würden.

Auf die Frage von Herrn Hewing antwortet er, dass es theoretisch möglich sei, Kindertagespflegepersonen bei einem freien Träger der Jugendhilfe anzustellen, was eine Alternative zur freiberuflichen Tätigkeit darstellen könne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorstellungen der Fachberatung Kindertagespflege des Caritasverbandes sowie des Vereins RheKids – Rheine Kindertagespflege e. V. zur Kenntnis.

7. Bericht zum Qualitätsentwicklungsverfahren im Kinderschutz (QUEK) gem. § 8 LKG-NRW Vorlage: 477/25

Herr Gausmann erläutert, dass es sich um den dritten Qualitätsbericht handelt, der dem Ausschuss vorgestellt werde. Der aktuelle Bericht, der das Qualitätsentwicklungskonzept (QUEK) im Kinderschutz thematisiert, sei ein Modellprojekt, das ab 2026 für alle Jugendämter verpflichtend werde. Abschließend kündigt er an, dass die eine oder andere Empfehlung des Berichts in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses politisch diskutiert werden müsse.

Herr Welling präsentiert den QUEK-Bericht (**siehe Anlage 3**).

Herr Fühner hebt hervor, dass der Kinderschutz der Stadt Rheine – insbesondere dem Jugendamt – seit vielen Jahren ein besonderes Anliegen sei.

Herr Richter betont für die Jugend- und Wohlfahrtsverbände ebenfalls die Wichtigkeit des Kinderschutzes. Er bezieht sich auf die Sorgen vor zwei oder drei Jahren hinsichtlich der Personalausstattung und zeigt sich froh, dass diese inzwischen wieder Kontinuität erhalten habe.

Frau Lücke regt an, in einer der nächsten Sitzungen über den inklusiven Kinderschutz zu sprechen, insbesondere im Hinblick auf Kinder mit hohem Pflegebedarf. Die SPD-Fraktion habe einen Antrag an die Verwaltung gestellt.

Herr Hewing weist in seinem beruflichen Kontext auf die Schwierigkeiten hin, in Fällen von Kindeswohlgefährdungen passgenaue Hilfen – insbesondere in der Heimerziehung – zu finden.

Herr Beckers kommentiert, dass die Stadt Rheine mit dem Qualitätsentwicklungsplan eine Vorreiterrolle einnehme, da es in NRW kaum aufgearbeitete Pläne gebe.

Herr Gausmann bestätigt, dass der SPD-Antrag von Frau Lücke vorliege und dieser in der nächsten oder übernächsten Sitzung mit der Tendenz beraten werde, die Arbeit in diese Richtung weiter zu entwickeln.

Er bestätigt zudem auf die Wortmeldung von Herrn Hewing, dass dies auch in Rheine ein Problem sei. Regelhilfen seien schwer zu finden, da das Angebotsportfolio der Träger häufig auf intensive Hilfen ausgerichtet sei. Die Stadt Rheine stehe im Dialog mit stationären Trägern der Jugendhilfe in Rheine und im Kreis Steinfurt. Es gebe auch vereinzelt Einrichtungen spezieller Art, zum Beispiel für an Diabetes erkrankte Kinder, die jedoch nicht mehr in Nordrhein-Westfalen lägen und schwer zu finden seien.

Herr Schomaker erkundigt sich, ob bei der Dokumentationserweiterung die Digitalisierung eine Rolle spiele und ob der Stellenplan dazu passe.

Herr Gausmann erklärt, dass die Dokumentation vollständig digitalisiert sei, jedoch einen erheblichen Zeitaufwand erfordere. Er betont, dass im Kontext von Leitungsdiskussionen zusätzliche Ressourcen im Laufe des nächsten Jahres notwendig sein könnten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen über den Bericht zum durchgeführten Qualitätsentwicklungsverfahren gemäß § 8 Landeskinderschutzgesetz NRW zur Kenntnis.

**8. Antrag auf Anpassung der Mittelzuwendung zu den Betriebskosten von donum vitae Kreisverband Kreis Steinfurt e. V. durch die Stadt Rheine
Vorlage: 396/25**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Frau Leskow bittet darum, dass die Fallzahlen der letzten zwei bis drei Jahre zusammen mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt werden.

Herr Jüttner-von der Gathen ergänzt, dass er die Fallzahlen direkt mitteilen könne. Er berichtet, dass es im Jahr 2023 insgesamt 327 Klientinnen und Klienten gegeben habe, von denen etwa 70 %, also rund 235 Personen, aus Rheine stammten. Für das Jahr 2024 seien bisher 313 Klientinnen und Klienten verzeichnet worden, davon 220 aus Rheine, was ebenfalls einem Anteil von etwa 70 Prozent entspreche. Auf Grundlage einer Hochrechnung bis Ende August 2024 prognostiziere man 310 Klientinnen, von denen voraussichtlich 223 aus Rheine kommen würden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Träger donum vitae Kreisverband Steinfurt e. V. eine Mittelzuwendung von 11.300 € ab dem 01.01.2026 zu den anfallenden Betriebskosten für den Betrieb der Beratungsstelle zur Verfügung zu stellen.

Diese Mittelzuwendung soll in den Folgejahren jährlich zu einem Prozentsatz von 1,5 % gesteigert werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Vertragliche Vereinbarung zwischen dem Kinderschutzbund Ortsverband Rheine e.V. und der Stadt Rheine zur Finanzierung der Beratungsstelle in den Aufgabenbereichen der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen, sowie der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
Vorlage: 403/25**

Herr Jüttner-von der Gathen stellt die Vorlage zur vertraglichen Vereinbarung mit dem Kinderschutzbund vor. Er hebt hervor, dass die spezialisierte Beratung des Kinderschutzbundes in Rheine eine etablierte und im Kreis Steinfurt einzigartige Dienstleistung darstelle. In den Vertragsvorbereitungen seien sowohl die Integration der durch die Landesförderung geschaffenen 0,6 Stellenäquivalente als auch der Ausbau und die Einbindung dieser spezialisierten Beratung in die Vertragsstruktur thematisiert worden. Zudem solle eine intensivere Weiterleitung der Arbeitsergebnisse an die Landesstatistik vereinbart werden. Er erläutert, dass die Personalkosten in den letzten fünf Jahren um 23 Prozent gestiegen seien, was sich in einer Erhöhung des Basiswerts von 70.000 Euro auf 86.000 Euro pro Vollzeitäquivalent widerspiegele.

Herr Fühner präzisiert, dass der heutige Beschluss lediglich die Beauftragung zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen umfasse.

Herr Beckers regt als zusätzlichen Beschlussvorschlag für diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt an, die Sach- und Gemeinkosten bei künftigen Verhandlungen mit anderen Trägern zu harmonisieren.

Herr Fühner greift den Beschlussvorschlag zur Harmonisierung der Sach- und Gemeinkosten auf und kündigt an, diesen in beiden betreffenden Vorlagen (*TOP 9 und TOP 10*) als separaten Abstimmungspunkt aufzurufen.

Herr Gausmann bringt hierzu einen Beschlussvorschlag ein (**siehe Beschluss Nr. 7**).

Frau Richter betont die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und plädiert trotz der angespannten Haushaltssituation für die Fortführung der Vertragsverhandlungen.

Herr Fühner erläutert zum zusätzlichen Beschlussvorschlag Nr. 7, dass es dabei um eine Gleichbehandlung aller Leistungsträger in den verschiedenen Bereichen der Kinder und Jugendhilfe gehe.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung zur Fortsetzung der fachlich etablierten Arbeit des Kinderschutzzentrums Rheine mit dem deutschen Kinderschutzbund, Ortsverband Rheine, vertragliche Verhandlungen zu Jugendhilfeleistungen im Produktbereich „Förderung der Erziehung junger Menschen und Familien“ zu führen und mit Wirkung zum 01.01.2026 mit nachfolgend aufgeführten Leistungen und Stellenanteilen abzuschließen:
 - a) Präventionsleistungen der Beratungsstelle im Umfang von 0,5 VZÄ (Vollzeitäquivalent).
 - b) Beratung und therapeutische/diagnostischen Leistungen von einer Sozialfachkraft im Umfang von 0,5 VZÄ.
 - c) Beratung und therapeutische/diagnostischen Leistungen von einer Fachkraft der Psychologie im Umfang von 0,5 VZÄ.
 - d) Ausbau der spezialisierten Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen auf Basis der Projektförderung des Landes von 0,6 VZÄ (Übernahme von Restkosten).
 - e) Leistungen der Teamassistenz im Umfang von 0,5 VZÄ.
2. Berechnungsgrundlage für die unter Nr. 1 dargestellten Leistungen sollen die jeweiligen KGST-Tabellenwerte von Tarifbeschäftigten je nach Anforderungs- und Stellenprofil bilden.
3. Die Höhe der Sach- und Gemeinkosten werden mit 20% der Personalkosten festgelegt. Basis dafür bildet der jeweils aktuelle KGST-Tabellenwert von Tarifbeschäftigten der Entgeltgruppe SuE 12. (KGST 26 SuE 12 = 86.000,-€ => SK je VZÄ von 17.200,-€)
4. In den Vertrag soll eine Vereinbarung über ein differenziertes Berichtswesen sowie eine Verpflichtung zu regelmäßigen Qualitätsdialogen (jährlich) aufgenommen werden.
5. Der Träger hat weiterhin einen Eigenanteil von 3 % an den Personalkosten in die Gesamtfinanzierung einzubringen.
6. Für den Vertrag soll eine Laufzeit vom 01.01.2026 bis zum 31.12.2030 fixiert werden.

7. Die Verwaltung wird beauftragt, künftig bei den Sach- und Personalnebenkosten eine Harmonisierung anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1 bis 6: einstimmig
Punkt 7: einstimmig

10. **Vertragliche Vereinbarung zwischen dem Verein Aktion Selbsthilfe e. V. und der Stadt Rheine zur Finanzierung von Leistungen der Jugend- und Drogenberatungsstelle in Rheine**
Vorlage: 425/25

Herr Fühner informiert, dass der zusätzliche siebte Beschluss des vorherigen Tagesordnungspunktes zu den Sach- und Personalkosten auch für diesen Tagesordnungspunkt als siebter Beschlussvorschlag übernommen und separat zur Abstimmung gestellt werde (**siehe Beschluss Nr. 7**).

Frau Leskow merkt an, dass die SPD-Fraktion eine fünfjährige Vertragslaufzeit im Hinblick auf Planungssicherheit der Träger befürworte.

Herr Fühner ergänzt, dass eine solche Regelung sowohl den Leistungsträgern als auch den Leistungserbringern Planungssicherheit biete.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zur Fortsetzung der Arbeit der Jugend- und Drogenberatungsstelle mit der Aktion Selbsthilfe e. V. die vertraglichen Verhandlungen zu den additiven Leistungen in der Beratungsstelle in Rheine mit Wirkung zum 01.01.2026 zu den nachfolgend aufgeführten Stellenanteilen und Aufgabenbereichen abzuschließen:
 - a) Präventiven Leistungen in der Sucht-, Drogen- und Jugendhilfe im Umfang von 0,9 VZÄ.
 - b) Beratungsleistungen in der Sucht-, Drogen- und Jugendhilfe mit dem Schwerpunkt familiärer Unterstützung im Umfang von 0,6 VZÄ.
 - c) Stabilisierende Hilfen in der niedrigschwelligen Drogenhilfe im „Café Relax“ am Standort der Beratungsstelle im Umfang von 0,375 VZÄ bei einer gleichzeitigen Finanzierung seitens des Kreises Steinfurt im gleichen Umfang.
2. Berechnungsgrundlage für die unter Nr. 1. dargestellten Leistungen bilden die jeweiligen KGST-Tabellenwerte je nach Anforderung- und Stellenprofil.
3. Die Höhe der Sach- und Gemeinkosten werden mit 20% der Personalkosten festgelegt. Basis dafür bildet der jeweils aktuelle KGST-Tabellenwert von Tarifbeschäftigten der entsprechenden Entgeltgruppe SuE 12.
4. In den Vertrag soll eine Vereinbarung über ein differenziertes Berichtswesen sowie eine Verpflichtung zu regelmäßigen Qualitätsdialogen aufgenommen werden.
5. Der Träger hat weiterhin einen 3 %igen Eigenanteil an den Personalkosten in die Gesamtfinanzierung einzubringen.
6. Die Vertragslaufzeit soll den Zeitraum 01.01.2026 bis zum 31.12.2030 betragen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, künftig bei den Sach- und Personalnebenkosten eine Har-

monisierung anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1 bis 6: einstimmig

Punkt 7: einstimmig

11. Prüfung der Aufnahme von Kindern aus dem Gazastreifen - Anfrage der SPD-Fraktion
Vorlage: 471/25

Frau Lücke führt aus, dass die SPD-Fraktion mit ihrer Anfrage auf die schwierigen Lebensbedingungen von Kindern im Gazastreifen aufmerksam machen wolle. Sie betont, dass viele dieser Kinder medizinische Versorgung benötigten oder aufgrund von Behinderungen besondere Bedarfe hätten, die vor Ort nicht gedeckt werden könnten. Zudem seien viele Kinder psychisch traumatisiert.

Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die umfassende Beantwortung der gestellten Fragen, merkt jedoch an, dass die bisherige Beschlussempfehlung nicht ausreiche. Sie schlägt vor, die Anfrage um zwei Prüfungsanträge zu erweitern:

1. Prüfung der Verfügbarkeit freier Kapazitäten bei Jugendhilfeträgern in Rheine, da einzelne Träger signalisiert hätten, entsprechende Plätze zur Verfügung stellen zu können.
2. Rechtliche Klärung mit der Landesregierung, um Kriterien für die Aufnahme von Kindern mit besonderen Bedarfen aus Kriegsgebieten zu entwickeln.

Ziel sei es, eine abgestimmte Vorgehensweise von der kommunalen bis zur Bundesebene zu erreichen.

Herr Gausmann erläutert, dass die Bereitstellung von Plätzen grundsätzlich möglich sei. Er verweist auf Erfahrungen aus den Jahren 2015 und 2022, in denen kurzfristig zusätzliche Kapazitäten geschaffen worden seien, und schätzt, dass zwischen 10 und 20 Plätze bereitgestellt werden könnten.

Hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen erklärt er, dass entsprechende Regelungen im Aufenthaltsrecht (§ 23 und § 24) bereits auf europäischer sowie auf Landesebene bestünden. Das Land könne im Benehmen mit der Bundesregierung aus humanitären Gründen eine Aufnahmeverpflichtung für Kinder und Erwachsene festlegen, ohne dass ein ausdrückliches Einvernehmen mit der Bundesregierung erforderlich sei.

Weiter weist er darauf hin, dass auch im Rahmen der Visumserteilung Möglichkeiten bestünden, Kinder aus dem Gazastreifen in die Bundesrepublik Deutschland zu holen. In der Vergangenheit sei dieses jedoch an praktischen Hürden, insbesondere der Einreise über Jordanien, gescheitert.

Zudem erläutert er, dass Kinder aus dem Gazastreifen nicht als unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) im Sinne der §§ 42 und 42a SGB VIII gelten würden, da sie nicht klassisch unbegleitet seien. Dies könne zu Finanzierungsproblemen führen, da die Kosten nicht über die UMA-Regelungen abgedeckt würden. Eine Refinanzierung nach § 89 SGB VIII sei grundsätzlich denkbar, sofern die rechtlichen Voraussetzungen geklärt würden.

Herr Fühner weist darauf hin, dass auch der Sozialausschuss die Vorlage in seiner Sitzung am 30.09.2025 zur Kenntnis nehmen werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Anfragen und Anregungen

Herr Fühner betont, dass er alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und der Verwaltung für die fünfjährige Beratungszeit danke und wünscht, dass der künftige Jugendhilfeausschuss eine vergleichbare Beratungsqualität erreichen möge.

Herr Richter äußert, dass er – hoffentlich im Einvernehmen aller Ausschussmitglieder – Herrn Fühner für die professionelle Sitzungsleitung danke sage.

Ende des öffentlichen Teils: 19:02 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin